

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

per E-Mail: strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

20. März 2015

Ihr Kontakt: Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Revision des Bundesgesetzes über den Um- und Ausbau der Stromnetze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur geplanten Revision und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen unterstützen im Grundsatz die vorgesehene Revision des Bundesgesetzes über den Um- und Ausbau der Stromnetze. Die vom BFE vorgeschlagenen Gesetzesänderungen für einen zukunftsgerichteten Netzausbau werden in der Stossrichtung grundsätzlich unterstützt. Sie sind gut abgestimmt mit der Energiestrategie 2050. Der erläuternde Bericht deckt alle relevanten Aspekte ab und scheint auch die neueren Technologien weitgehend zu berücksichtigen. Konkrete Fragen des BFE wurden in der Beilage beantwortet.

Nachfolgend einige grundsätzliche Anmerkungen:

- **Netzoptimierung vor Netz-Ausbau (NOVA-Prinzip) muss mehr Gewicht bekommen:**
Viele Verbesserungen im Gesetzesentwurf sind auf die Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens im Netzausbau ausgerichtet. Es ist jedoch wissenschaftlich erwiesen, dass die Schweiz bereits heute ein sehr gut ausgebautes Verteil- und Übertragungsnetz hat. Für die Energiewende ist v.a. das Verteilnetz relevant und hierzu gibt es bereits viele technische Möglichkeiten, um diese als SmartGrid betreiben zu können. Damit können Netzausbauten weitgehend vermieden werden („Brain statt Kupfer“). Daher sollte der Schwerpunkt stärker auf die Förderung von Innovationen im Hinblick auf SmartGrid als auf den Ausbau ausgerichtet werden.
Der Ausbau von Übertragungsnetzen auf nationaler Ebene ist aus Sicht der nationalen Versorgungssicherheit nur punktuell notwendig. Viele von swissgrid vorgeschlagene Erweiterungen sind auf den internationalen Stromhandel ausgerichtet. Bevor in den Netzausbau investiert werden soll, muss das Verhältnis zur EU im internationalen Stromhandel geklärt werden, denn dies ist der wesentlich grössere Unsicherheitsfaktor für die Versorgungssicherheit.
- **Arbeit mit Szenarien wird begrüsst**
Heute haben die Netzbetreiber kaum Anreize, neue Technologien für die Netzoptimierung einzusetzen, da es der einfachste Weg ist, Netzausbauten über die Erhöhung der Netzentgelte entschädigen zu lassen. Dazu werden kaum gesamtheitliche Betrachtungen gemacht, sondern simple Netzberechnungen auf angenommene Höchstbelastungen.
Die zukünftige Energie- und Stromversorgung wird viel dynamischer als in der Vergangenheit sein. Daher wird die Arbeit mit Szenarien massiv an Bedeutung gewinnen. Diese Szenarien sollten nicht nur für langfristige Planungen bei Übertragungsnetzen, sondern auch als Stromnetzsimulationen zur Genehmigung von Aus- und Um-

bauten in Verteilnetzen verlangt werden. Nur so können die eher konservativen Netzbetreiber für technische Innovationen im Bereich SmartGrid sensibilisiert werden und als Alternativen zu einem Netzausbau eingefordert werden.

- **Unterstützung technischer Innovationen ist wichtig**

Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung von technischen Innovationen werden begrüsst. Damit werden die Hürden für neue Lösungsansätze etwas gesenkt. Dadurch können mittelfristig viele Netzausbauten und damit auf die Konsumenten abgewälzte Netzkosten vermieden werden. Indirekt werden damit auch innovative Unternehmen im Clean-Tech-Bereich gefördert, was volkswirtschaftlich erwünscht ist.

- **Administrativen Aufwand nicht ausdehnen**

Es wird befürchtet, dass durch die vorgeschlagenen Genehmigungs- und Prüfverfahren der administrative Aufwand für die Verwaltung (BFE, ElCom, kantonale Raumplanungsbehörde, etc.) als auch für die Stromnetzbetreiber steigt. Wichtig ist, dass sich die regulatorischen Massnahmen auf die relevanten Faktoren konzentrieren und die administrativen Abläufe für alle Beteiligten sehr schlank gehalten werden.

- **Fristen für Mehrjahresplanungen für Netzbetreiber verlängern**

Bauliche und technische Massnahmen in Stromnetzen sind in der Regel langfristig ausgelegt. Es ist wichtig, dass die Simulationen / Szenarien für die Mehrjahresplanungen fundiert und breit abgestützt sind. Viele Stromnetzbetreiber müssen dazu externe Experten beiziehen und zuerst auch viele Grundlagen erarbeiten. Daher sind die Fristen für die Einreichung der Mehrjahrespläne auszudehnen.

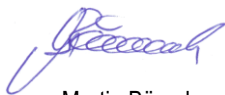
- **Doppelspurigkeiten mit bestehenden Gesetzgebungen vermeiden**

Etliche Anpassungsvorschläge im Gesetzesentwurf tangieren andere Gesetze. So sind gewisse Aspekte im Raumplanungsgesetz oder im Geoinformationsgesetz bereits geregelt. Doppelspurigkeiten und auch Widersprüche in Verfahren sind zu vermeiden.

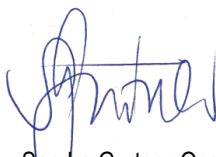
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen dazu stehen Ihnen folgende Personen zur Verfügung:

- Jürg Grossen, Vize-Fraktionspräsident und Nationalrat BE, Tel. 079 444 94 65
- Martin Bäumlé, Parteipräsident und Nationalrat ZH, Tel. 079 358 14 85
- Sandra Gurtner-Oesch, Generalsekretärin glp Schweiz, Tel. 078 766 04 60

Freundliche Grüsse



Martin Bäumlé
Präsident



Sandra Gurtner-Oesch
Generalsekretärin

Beilage:

- Fragebogen

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: **Grünliberale Partei der Schweiz**

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	9
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Grünliberalen begrüßen ein solches Vorgehen, sofern damit eine Gesamtbetrachtung des Energiesystems (Energieträger, Erzeugungsformen, Anwendungen, Infrastrukturen und insbesondere auch die Energiespeicherung) verbunden ist. Zudem soll der jeweilige Szenariorahmen auch deutlich ambitioniertere Ziele als die aktuellen der Energiestrategie hinsichtlich Energieeffizienz, dem Zubau Erneuerbarer Energien und v.a. bezüglich neuer Technologien insbesondere der Speichersysteme zulassen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: nur so wird proaktiv geplant

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: ev. würden auch 6-10 Jahre ausreichen

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies ist wichtig, denn damit werden massiv Kosten eingespart! Insbesondere im Bereich Optimierung mittels intelligenten Steuerungen und dezentraler Speicherung erachten wir das Potential als sehr gross.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die klare Definition des Einspeisepunktes ist wichtig, die momentane Lösung mit Parzellengrenzen (Faktenblatt BFE) führt in der Praxis zu absurden Lösungen. Details müssen auf Verordnungsstufe noch präzisiert werden.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ist zu kurz. Sollte auf 18 Monate ausgedehnt werden.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
- Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies sollte mit automatisierten Verfahren oder standardisierten Simulationen erfolgen um den administrativen Aufwand möglichst klein zu halten

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wenn von den Netzbetreibern eine Frist verlangt wird, dann soll auch die ElCom eine Frist einhalten!

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Um den bestehenden Rückstau bei Netzausbau und -modernisierung zu verringern und mit den notwendigen Ausbau- und Modernisierungserfordernissen der Energiestrategie 2050 Schritt zu halten, sind sämtliche Planungs- und Bewilligungsschritte möglichst effizient zu gestalten. Wenn immer möglich, sollte dies in einem einstufigen Verfahren erfolgen. Diese Verkürzung darf jedoch nicht zu Lasten der Umweltverträglichkeit, gesellschaftlichen Akzeptanz und Rechtssicherheit für die Gesuchsteller gehen.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine verbindliche gesetzliche Regelung ist für die Rechtssicherheit für alle Betroffenen und die gesellschaftliche Akzeptanz erforderlich.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das ist ein bewährtes Instrument der Raumplanung zur Sicherung von Trassen für Infrastrukturprojekte von öffentlichem Interesse

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: ja, denn dies kann die Effizienz steigern.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Den Übertragungsnetzbetreibern sollten nicht noch mehr Rechte als heute eingeräumt werden, denn sonst fühlen sich die Verteilnetzbetreiber benachteiligt. Im Hinblick auf die SmartGrids wird die Rolle des Übertragungsnetzes im Vergleich zum Verteilnetz durch das BFE wahrscheinlich etwas überbewertet.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies kann helfen, langwierige Interessenabwägungen zu verkürzen.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen: Mit dem vermehrten Einsatz von neuen Technologien zur Netzsteuerung. Damit können Aus- und Neubauten und die damit notwendigen Bewilligungsverfahren wahrscheinlich in der Mehrheit der Fälle vermieden werden. Unser Stromnetz ist heute in einem guten Zustand und muss vor allem optimaler genutzt werden können. Kupfer soll erst eingesetzt werden, wenn alle Intelligenz-Massnahmen ausgeschöpft sind.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Informationsmassnahmen sind unternehmensstrategische Massnahmen und sollten nicht entschädigt werden. Wer gut kommuniziert, wird auch unternehmerisch erfolgreich sein!

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Da diese Investitionen teilweise Kupferausbauten reduzieren oder eliminieren können, ist die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze sehr sinnvoll. Diese Massnahme hätte sehr viele positive Effekte und sollte so rasch wie möglich umgesetzt werden. Die heutigen Regelungen für Pilotprojekte beim BFE sind für die Markteinführung von innovativen Technologien nicht ausreichend.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Kann in spezifischen Fällen helfen, darf aber nicht im „Giesskannenprinzip“ angewandt werden.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ist eigentlich bereits im Geoinformationsgesetz geregelt. Wichtig ist, dass diese Daten wirklich als OpenData verfügbar sind.